

## **Ratsnotizen vom 05. März 2024**

### **Haushalt 2023: Anträge und Anfragen der Fraktionen**

30 Anträge stellten die Fraktionen des Kernener Gemeinderats zum Haushalt 2024. Die Beschlüsse sind im Folgenden aufgelistet:

#### **Mehrere neue Fahrradanhänger im Grundsatz beschlossen**

Gleich drei Fraktionen hatten zusätzliche Fahrradabstellanlagen (Fahrradbügel) an verschiedenen Standorten beantragt: Die SPD-Fraktion vor den Feuerwehrgerätehäusern in Rommelshausen und Stetten, die UfW-Fraktion an den Friedhöfen und die OGL-Fraktion unter anderem an den Veranstaltungshäusern Alte Kelter und Glockenkelter sowie am Freibad Stetten, am Sportplatz Rommelshausen und beim Sportpunkt. Da sämtliche Standorte auch Teil des Klimamobilitätskonzepts sind, das am 14. März 2024 beschlossen werden soll, riet die Verwaltung von Beschlüssen über die konkrete Zahl neuer Bügel ab. Das Gremium folgte der weiteren Argumentation, sich bei der Umsetzung auf die Empfehlungen der Verkehrsplaner zu verlassen.

#### **Seniorenlotse soll zur Vollzeitstelle werden**

Einstimmig beschlossen wurde der Antrag der SPD-Fraktion, die Stelle des Seniorenlotsen von derzeit 61 % Stellenumfang auf eine Vollzeitstelle aufzustocken. Der Seniorenlotse berät unter anderem bei Fragen, ist Anlaufstelle für Angehörige, koordiniert Angebote des Seniorenrats und wirkt beim Umsetzen der Handlungsempfehlungen des Konzepts „Gut älter werden in Kernen“ mit. Der jetzige Stellenanteil wird zu 50 % durch Landesmittel und zu 35 % durch die Bahnmüller-Stiftung unterstützt. Die Verwaltung wird hinsichtlich der weiteren Stellenfinanzierung mit der Stiftung Kontakt aufnehmen.

#### **Überplanmäßige 15.000 Euro für Pädagogische Assistenten**

Einstimmig votierte das Gremium für den SPD-Antrag, den Einsatz von sogenannten Pädagogischen Assistenten an den Schulen zu ermöglichen. Mittels des Programms „Rückenwind“ ermöglicht das Land Baden-Württemberg derzeit die Einstellung solcher Kräfte an den Schulen, die beispielsweise in der Hausaufgabenbetreuung eingesetzt werden. Die Verwaltung hat bereits in Gesprächen mit

den Schulen signalisiert, dass sie die Kosten übernimmt, falls das Programm auslaufen sollte und das Land Baden-Württemberg die Finanzierung einstellt. Die Verwaltung schlug deshalb vor, die Ausgabe gegebenenfalls als überplanmäßige Ausgabe zu behandeln und noch nicht in den Haushalt einzuplanen.

### **10.000 Euro für Lerninsel-Konzept der Rumold-Realschule**

Das individuelle Förderkonzept der Rumold-Realschule für alle Klassenstufen 5 bis 10 beinhaltet neueste pädagogische Erkenntnisse für ein modernes und schülergerechtes Lernumfeld. Ziel ist es mit verschiedenen „Lerninseln“ im Haus die Arbeit in Kleinstgruppen zu unterstützen. Erforderlich hierzu sind Lern- und Fördermaterialien und geeignetes Mobiliar. Das Gremium stimmte einheitlich für die Umsetzung des Antrags. Auch die Verwaltung befürwortet ihn, eventuell steht hierfür eine Spende in Aussicht. Das Förderkonzept an der Realschule läuft seit dem Schuljahr 2020/21.

### **Benutzungssatzung für Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte wird geprüft**

Einstimmig unterstützte das Gremium den CDU-Antrag, die Satzung für Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte auf Aktualisierung zu prüfen und gegebenenfalls die Nutzungsentgelte/Gebührenhöhe anzupassen. Eine Überprüfung war seitens der Verwaltung bereits geplant. Die letzte Satzungsänderung stammt aus dem Jahr 2016. Gebührensätze sind stets auf Grundlage einer Kalkulation zu ermitteln. Die Satzung kommt nun auf den Prüfstand, danach ist eine Einschätzung möglich, ob die Gebühren erhöht werden sollten.

### **Weitere Gebührensatzungen werden geprüft**

Für sinnvoll befunden wurde im Gremium ebenso ein Antrag der CDU-Fraktion, weitere Gebührensatzungen der Gemeinde auf den Prüfstand zu stellen und im Gemeinderat darüber zu berichten. Die Begründung lautete, dass Gebührenerhöhung Vorrang haben sollten vor Steuererhöhungen. Der Antrag wurde im Beschluss leicht modifiziert. Die Verwaltung wird zunächst grundsätzlich prüfen, bei welchen Satzungen Erhöhungen Wirkung zeigen. Hintergrund: Teilweise wird bei der Kalkulation externe Hilfe benötigt, die zu Buche schlägt, sodass die Überprüfung teurer ist als mögliche Gebühreneinnahmen durch höhere Sätze.

Im zweiten Halbjahr 2024 werden ohnehin die Gebührensatzungen für die Veranstaltungshäuser überarbeitet und im Gremium beraten. Beim Hallenbad beispielsweise ist derzeit keine Überprüfung vorgesehen. Bei Kleinbeträgen (z. B. Verwaltungsgebührensatzung) sind in der Regel kaum Einnahmeveränderungen zu erwarten. Gebührenerhöhungen bei der Friedhofsatzung wurden in der Vergangenheit vom Gremium eher kritisch betrachtet. Weitere Gebührensatzungen wären: Kostenersatz Feuerwehr, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Sondernutzung von Straßen, Kinderbetreuung, Marktgebühren, Büchereinutzung, Parkgebühren, Nutzung Feuerwehrgerätehäuser.

### **Ausweisung eines Scheunengebiets abgelehnt**

Keine Mehrheit erhielt der Antrag der CDU-Fraktion, ein Grundstück im Außenbereich auszuweisen, auf der mehrere landwirtschaftliche Geräteschuppen errichtet werden könnten. Maschinen oder Geräte für die Pflege und das Bewirtschaften von Streuobstwiesen und anderer Flächen könnten hier zentral gelagert werden. Die Verwaltung sieht das Zersiedeln des Außenbereichs ebenfalls kritisch, eine Bündelung von Schuppen und Gerätschaften mache aber nur Sinn, wenn dadurch der weitere Bau von privilegierten, privaten Geräteschuppen rechtssicher verhindert werden könnte. Dies ist nicht der Fall.

### **Stuhlkapazität in der Aussegnungshalle Rommelshausen wird geprüft**

Weil die Bestuhlung in der Aussegnungshalle Rommelshausen bei größeren Trauerfeiern nicht ausreicht, obwohl Stellflächen für weitere Stühle vorhanden seien, hatte die CDU-Fraktion beantragt, hier entsprechendes Mobiliar zu ergänzen. Dem gegenüber steht die Tatsache, dass aufgrund des Freihaltens von Fluchtwegen, keine Vollbestuhlung möglich ist. Das Gremium folgte in der Beschlussfassung dem Vorschlag der Verwaltung, zunächst zu prüfen, ob die Stuhlkapazität leicht erhöht werden kann. Derzeit stehen in der Aussegnungshalle 120 Stühle zur Verfügung und weitere Klappstühle zur Ergänzung. Dies reicht laut hiesigem Bestattungsunternehmen für fast alle Bestattungen aus.

### **Verlangter Verzicht aufs Gendern beschlossen**

Eine knappe Mehrheit erhielt der Antrag der CDU-Fraktion, dass die Verwaltung im allgemeinen und behördlichen Schriftverkehr entsprechend der Vorgaben und Empfehlungen des Landes Baden-Württemberg auf „Gendersprache“ verzichtet, konkret auf Sonderzeichen. Grundsätzlich ändert sich mit dem Beschluss kaum etwas. In ihrer offiziellen Kommunikation verwendet die Verwaltung keine Gender-Sonderzeichen (Sternchen, Doppelpunkt oder Binnen-I). Sie setzt auf eine barrierefreie, verständliche Kommunikation und wählt eher Doppelnennungen (Bürgerinnen und Bürger) oder geschlechtsneutrale Begriffe (Mitwirkende, Radelnde...). Bei Aufzählungen, in Überschriften oder für bessere Verständlichkeit und besseren Lesefluss wird weiterhin auch das generische Maskulin verwendet. Konkrete Gender-Vorgaben an die Belegschaft bestanden bisher nicht, die Verwaltung setzte hier auf das Prinzip der Eigenverantwortung. Das Kollegium wird nun nochmals für das Thema sensibilisiert.

### **Nutzung privater Obstanlagen für Agri-Photovoltaik wird geprüft**

Um das Klimaziel der Gemeinde zu erreichen und als Beitrag zur kommunalen Wärmeplanung, die derzeit erarbeitet wird, hatte die CDU-Fraktion beantragt, zu prüfen, inwieweit private Obstanlagen für Agri-PV-Anlagen genutzt werden könnten. Die Verwaltung sieht aktuell eher Handlungsbedarf auf gemeindeeigenen Gebäuden und Parkflächen. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag bei drei Gegenstimmen beschlossen. Die Klimaschutzgeschäftsstelle wird sich dem Thema zunächst konzeptionell und prüfend annehmen.

### **Wasserentnahmestellen werden umgerüstet**

Einig war sich das Gremium, die drei Wasserzapfstellen (Hangweide, Kläranlage Haldenbach und Im Täle) um eine separat nutzbare und räumlich getrennte Zapfstelle für Kleingebinde umzurüsten. Dies hatte die CDU-Fraktion beantragt. Hintergrund ist, dass in Trockenperioden reger Andrang vor den Zapfstellen herrsche und die heimischen landwirtschaftlichen Betriebe zeitlich entlastet werden sollten.

Die Zapfstelle an der Kläranlage Haldenbach muss im Zuge der Kläranlagenzentralisierung ohnehin neu geplant werden. In diesem Zuge wird eine zweite Entnahmemöglichkeit für Kleingebinde installiert. Letzteres soll auch bei der Hangweide und

Im Tal erfolgen. Die geschätzten Kosten liegen bei 15.000 Euro pro Anlage. Die ebenfalls im Antrag verlangte verstärkte Überwachung durch den Vollzugsdienst ist aus personellen Gründen nur stichprobenhaft möglich.

### **Vogelsitzstangen für Streuobstwiesen, Äcker und Weinberge**

Beschlossen wurde auch ein CDU-Antrag, dass die Verwaltung gemeinsam mit ortsansässigen Schulen und gegebenenfalls mit der Diakonie Stetten das inklusive Projekt „Vogelsitzstangen“ ins Leben ruft. Greifvögel wie Bussard und Milan nutzen Sitzstangen, um auf Jagd nach Nahrung zu gehen. Insbesondere in den Wintermonaten sparen sie dadurch wertvolle Energie. Die Verwaltung schätzt die Anschaffungskosten pro Stange auf 150 Euro und schlug vor, maximal zehn dieser Sitzstangen zu erstellen.

### **Einrichtung eines Friedweinbergs wird geprüft**

Die UfW-Fraktion hatte beantragt, südlich des Neuen Friedhofs in Stetten einen aufgelassenen Schulweinberg zu einem Friedweinberg umzufunktionieren. In der Beschlussfassung einigte sich das Gremium mehrheitlich darauf, dass der Antrag als Prüfantrag zu sehen ist. Hintergrund ist, dass in Kernen bereits zahlreiche Bestattungsformen bestehen. Neuanlagen und Erweiterung sind stets mit Herstellungs- als auch mit laufenden Kosten verbunden, die sich auch in der Höhe der Friedhofsgebühren niederschlagen. Neben den Kosten spielt auch eine Rolle, dass die Barrierefreiheit in einem Friedweinberg nicht gegeben wäre, was insbesondere für ältere Besucher problematisch sein könnte.

### **Parkierung Kelterstraße (Höhe Sportplatz und Spvgg-Halle) wird neu geordnet und markiert**

Mit großer Mehrheit beschlossen wurde der UfW-Antrag zur optimierten Parkierung in der Kelterstraße. Rund um das Sportgelände Rommelshausen besteht zeitweise ein hoher Parkplatzbedarf. Mit den vorhandenen Markierungen werden die Parkmöglichkeiten jedoch nicht voll ausgeschöpft, so die Begründung der UfW. Dies soll sich nun durch eine durchdachte Planung verbessern, in diesem Zuge soll auch der beschädigte Asphaltbelag ausgebessert werden. Die Verwaltung schlug vor, die Parkplätze zu überplanen und neu zu ordnen. Unter anderem

sollen die Baumquartiere neu angelegt sowie eine e-Ladeinfrastruktur und Freiflächen-PV mitgedacht werden. Das Gremium folgte dem Vorschlag. Somit werden nun für 2024 Planungsleistungen in Höhe von 25.000 Euro bereitgestellt. Für einen ersten Bauabschnitt (25 Stellplätze) sollen im Jahr 2025 weitere rund 125.000 Euro folgen. Die finanziellen Mittel für die weiteren Bauabschnitte werden in den Folgejahren im Haushalt eingeplant. Die Gesamtbaukosten für die Parkplätze liegen bei geschätzten 425.000 Euro. Für die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage rechnet die Verwaltung mit weiteren Ausgaben von rund 200.000 Euro Kosten.

### **Wege von Ortsmitte Stetten bis Sängersheim werden neu geplant und ausgeschildert**

Einstimmig beschloss das Gremium den Antrag der UfW-Fraktion, klare Regelungen und eine eindeutige Beschilderung der Verkehrswege von der Ortsmitte zum Sängersheim/Herzogliche Kugelbahn umzusetzen. Die derzeitige Beschilderung sei widersprüchlich, so die UfW, die befürchtet, dass die geplante Außenbewirtung im Sommer zu mehr Verkehr in den Weinbergen führen werde. Bereits in der Klausurtagung im November 2023 war dem Gremium der mögliche zukünftige „Erlebnisweg Stetten“ (Arbeitstitel) vorgestellt worden. Das Konzept beinhaltet eine neue Beschilderung des Zugangswegs und des Hauptwegs zum Sängersheim/Herzogliche Kugelbahn. Für das Realisieren des Vorhabens sollen Fördermittel aus dem Förderprogramm „Landschaftspark“ vom Verband Region Stuttgart beantragt werden; eine Antragstellung wird bis Ende September 2024 erfolgen.

### **Mistelplage: Gemeinde geht proaktiv vor**

Misteln sind eine Gefahr für die Streuobstwiesen. Auch auf Kernener Gemarkung breiten sich Misteln zunehmend aus, weshalb die OLG-Fraktion zusammen mit dem BZG beantragt hatte, dass die Gemeinde aktiv werden solle. Die Gremiumsmitglieder folgten der Argumentation. Die Verwaltung wird auf Aufklärungsarbeit/Öffentlichkeitsarbeit setzen und will die Grundstücksbesitzer ebenso im Zuge des Biodiversitätsprojekts für die Problematik sensibilisieren. Auch die Obst- und Gartenbauvereine sowie die IG Streuobst sollen einbezogen werden und Grundstücksbesitzer für das Thema sensibilisieren.

### **Zuschuss für Zisternen-Neubau abgelehnt**

Keine Mehrheit im Gremium erhielt der Antrag der OGL-Fraktion, dass die Gemeinde den Neubau von Zisternen (mit mindestens 2,5 Kubikmeter Fassungsvermögen) mit 500 Euro pro Zisterne bezuschusst. Die Zisterne solle sowohl an die Gartenbewässerung sowie Grauwassernutzung angeschlossen werden. Die Verwaltung und weitere Gremiumsmitglieder hatten Zweifel, was das Fassungsvermögen und die Förderhöhe betraf, zumal der Zisternenneubau eigentlich nur bei Neubauten und Komplettsanierungen umsetzbar sei.

### **Verkehrskonzept für Haldenschule wird entwickelt**

Bei vier Gegenstimmen votierte das Gremium für den OGL-Antrag, ein Verkehrsplanungsbüro zu beauftragen, das ein Verkehrskonzept für die Haldenschule erarbeitet. Die Schulkinder sollen dadurch besser geschützt sein, argumentierte die OGL. Aktuell sorgen „Eltern-Taxis“ vor der Schule für mitunter chaotische, gefährliche Situationen. Die Verwaltung steht hierzu bereits mit einem Planungsbüro in Kontakt, sieht jedoch in erster Linie die Eltern in der Pflicht, auf das Fahren direkt an die Schule zu verzichten. Statt der Ursache werde nun das Symptom bekämpft. Keiner der Schulwege sei so lang, dass er nicht bewältigbar sei, machte die Verwaltung deutlich.

### **Weitere Outdoor-Tischtennisplatten sollen kommen**

Einstimmig beschloss das Gremium auf Basis eines Antrags der OGL-Fraktion lokale Spielplätze durch Outdoor-Tischtennisplatten aufzuwerten. Die Fraktion hatte konkrete Standortvorschläge gemacht, etwa die Kirchgärten, den Schlosspark und den Platz beim Jugendcontainer Stetten. Es wird nun geprüft, welche Standorte geeignet sind.

### **Klimabündnis beschäftigt sich mit Zuschuss für CO2-reduzierende Maßnahmen im Ortsgebiet**

Einstimmig beschlossen wurde vom Gremium auch der Antrag der OGL-Fraktion, verschiedenen CO2-reduzierende Investitionsmaßnahmen zu bezuschussen. Das Thema wird ins Klimabündnis eingespeist. Die OGL will insbesondere die Gebäudedämmung (Dach und Fassade), das Erneuern von Fenster und Haustüren, das Erneuern der Heizung und die Installation von PV-Anlagen fördern. Sie schlug vor einen entsprechenden Fördertopf mit 200.000 Euro auszustatten, die

Zuschusshöhe sollte bis zu 5 Prozent oder höchstens 2.000 Euro pro Antragsteller und Gesamtkosten betragen. Die Verwaltung warnte, der Haushalt gerate dadurch in Schieflage, auch erwartet sie Mitnahmeeffekte und die Ausgabe von Steuergeldern ohne Steuerungswirkung. Die Verwaltung gab zu bedenken, dass abgewogen werden müsse, an welcher Stelle größere Effekte erzielt werden können. So würden denkbare PV-Standorte im Eigentum der Gemeinde mehr CO<sub>2</sub> einsparen als kleine, private Maßnahmen. Das Gremium einigte sich auf folgendes Vorgehen: Das Klimabündnis wird 2024 ein mögliches Förderprogramm diskutieren und skizzieren. Auf dieser Grundlage könnten dann Empfehlungen an den Gemeinderat erfolgen.

### **Projekt der energetischen Gebäudesteckbriefe wird geprüft**

Die OGL-Fraktion hatte beantragt, die Gemeinde solle nach Vorbild der Stadt Schorndorf kostenlose energetische Gebäudesteckbriefe anbieten. Hausbesitzer könnten damit relativ einfach digital simulieren, was eine Voll- oder Teilsanierung oder eine PV-Anlage an Kosten und Energie einsparen. Momentan ist es für die Verwaltung nicht möglich, den personellen und finanziellen Aufwand hierfür zu benennen. Einstimmig votierte das Gremium nach kurzer Diskussion für den Verwaltungsvorschlag, zunächst zu prüfen, was das Konzept Gebäudesteckbriefe beinhaltet und wie es funktioniert.

### **Fairteiler: Gemeinderat und Verwaltung begleiten die Suche nach neuem Standort positiv und proaktiv**

Fünf Fraktionen, Einzelgemeinderäte und Gruppen hatten gemeinsam beantragt, dass die Gemeinde das ehrenamtliche Engagement des sogenannten Fairteilers Kernen mit der miet- und nebenkostenfreien Überlassung eines Raumes unterstützen soll. Sowohl Gemeinderat als auch die Verwaltung bekundeten in der Beschlussfassung ihr Interesse, den Fairteiler zu erhalten. Jedoch hat die Gemeinde derzeit keine freien Räumlichkeiten zur Verfügung. Dass das von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Gebäude in der Stettener Straße nur eine Interimslösung sei, war den Ehrenamtlichen des Fairteilers von Beginn an mitgeteilt worden. Auch sei dem Netzwerk bekannt gewesen, dass selbständig nach Alternativen gesucht werden müsse. Die Gemeinde hat am Interimsstandort zudem – entgegen vorheriger Absprachen – die Elektrik ertüchtigt und die steuerfinanzierte Winterräumung und Wegesicherung übernommen. Die Verwaltung

motivierte die Gemeinderäte, in der Sache aktiv zu werden und auf Kirchen und Grundstücksbesitzer zuzugehen. Die Runde griff den Vorschlag auf. Die Gemeindeverwaltung wird daran mitwirken.

### **Car-Sharing wird evaluiert und gegebenenfalls erweitert**

Einig war sich das Gremium beim Antrag des BZG in Bezug auf Car-Sharing-Angebote. Die BZG-Gremiumsmitglieder regten an, das Car-Sharing in der Beinsteiner Straße (Gebäudekomplex der Kreisbaugruppe) nach einem Jahr Betriebszeit zu evaluieren. Die Gemeinde wird im Falle einer guten Nachfrage des Systems prüfen, ob das Konzept auch in anderen Quartieren im Gemeindegebiet eingerichtet werden kann.

### **Tiefbauamt-Stelle bleibt im Stellenplan erhalten**

Zur Mitte des Jahres läuft im Tiefbaubereich eine Vollzeitstelle aus. Die Gruppen und Fraktionen von BZG, OGL, CDU und SPD haben in einem Gemeinschaftsantrag angeregt, diese Stelle im Plan weiterhin vorzuhalten. Die Gemeinde unterstützt das Vorhaben, weil entsprechender fachlicher Bedarf vorhanden ist.

### **Bürgerhaushalt findet keine Mehrheit**

Das PFB hatte beantragt, für den Haushaltsplan 2025 auch Vorschläge von Bürger- und Vereinsseite zuzulassen. Dies solle für Projektvorhaben wie auch für Einsparungen gelten. Das Gremium lehnte den Vorschlag bei lediglich zwei Ja-Stimmen ab. Begründung: Die repräsentative Demokratie beinhaltet, dass Parteien und Wählergruppierungen sowie gewählte Vertreter wie Bürgermeister entsprechende Belange und Ideen in die Kommunalpolitik einspeisen.

### **Gemeinde stellt sich nicht gegen Bezahlkarte für Flüchtlinge**

Abgelehnt wurde der Antrag seitens des PFB, die Gemeindeverwaltung solle sich gegen die vom Rems-Murr-Kreis geplante Bezahlkarte für Flüchtlinge stellen und die Ablehnung übermitteln. Die Verwaltung machte deutlich, dass es sich hier um eine politische Forderung ohne Gemeinde-Zuständigkeit handle. Eine politische Kommunikation in Richtung Bundestag und Bundesrat einer 15.500 Einwohner-Kommune erscheine wenig plausibel. Zudem würde die Bezahlkarte zu Erleichterungen für die Gemeinde führen, was das Bezahlen von Leistungen und Mieten angehe.

### **Verpackungssteuer kommt nicht**

Abgelehnt wurde vom Gremium auch der PFB-Antrag, in Kernen eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen nach Tübinger Vorbild einzuführen. Die Gemeinde hatte zuvor erläutert, diese Maßnahme sei in einer Kommune mit der Größe Kernens personell und organisatorisch nicht denkbar. Auch wäre es für einzelne Betriebe eine erhebliche Belastung und aufgrund der geringen Größe der Gemeinde rechtlich zweifelhaft.

### **Messung der Mobilfunkbelastung an den drei Schulen abgelehnt**

Keine Zustimmung erhielt ebenso der PFB-Antrag, die Gemeinde solle im Hinblick auf die Mobilfunkbelastung an den drei Schulen in Kernen eine entsprechende Messung in Auftrag geben. Die Messergebnisse sollten den Eltern, Schülern und Lehrern zur Verfügung gestellt werden und es sollten mobilfunkfreie Zonen eingerichtet werden. Die Verwaltung betonte, dass zwischen 5G-Netz und dem hausinternen WLAN unterschieden werden müsse. Letzteres ist deutlich strahlungsärmer als ein Sendemast und deckt lediglich das Gebäude ab. Die Bitte nach einer Untersuchung wurde seitens der Verwaltung bereits bei den Beratungen zur Umsetzung des Digitalpakts an den Schulen abgelehnt. Für zeitgemäßen Unterricht ist eine ubiquitäre Abdeckung in allen Klassenzimmern notwendig. Die Raumplanung so zu gestalten, dass nur an speziellen Unterrichtstagen Räume mit WLAN bei Bedarf genutzt werden, sei nicht zumutbar.